

i Fijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 351

18. Jan. 2006

12. Jahrgang

(Wahlpolitische) Perspektiven für 2006

2006 wird für Guatemala ein intensives Jahr werden. Auf der politischen Agenda steht der Beginn der Wahlkampagne, die formal eigentlich erst im Mai 2007 starten sollte, aber schon längst läuft. Die Wahlen selber finden im September '07 statt, eine eventuelle zweite Wahlrunde um die Präsidentschaft wäre für November '07 vorgesehen.

Es ist ein angespannter Wahlkampf mit polarisierten Diskursen zu erwarten und, im Hintergrund, zahlreiche, mehr oder weniger faire Verhandlungen zwischen den einzelnen Sektoren im Disput um die Macht.

Auf der wirtschaftlichen Agenda steht die (unterdessen vom 1. Januar auf unbestimmt verschobene) Inkraftsetzung der Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten (TLC bzw. DR-CAFTA), zu denen es sowohl enthusiastische BefürworterInnen- wie auch kritische GegnerInnenstimmen gibt.

Die grösste Herausforderung für 2006 wird jedoch im sozialen Bereich zu erwarten sein. Die Evaluation der *Wirtschaftskommission für Lateinamerika* (CEPAL) über die Auswirkungen des Hurrikans Stan kommt zu dem Schluss, dass es nicht so sehr das Wirtschaftssystem im allgemeinen, sondern vielmehr das soziale Gefüge, speziell der indigenen Gemeinschaften, und deren prekäre Überlebensgrundlagen getroffen hat. Es muss also mit einer Zunahme von Hunger und Armut gerechnet werden, mit zunehmender Migration in die Städte oder nach Mexiko bzw. in die USA. All dies trägt zu einer wachsenden sozialen Entwurzelung, einer Stärkung des organisierten Verbrechens und dem Florieren einer kriminellen Ökonomie bei.

Der folgende (gekürzte) Artikel erschien in der Nr. 35 der zweiwöchentlichen Analyse von *Fundadesc* (www.fundadesc.org), für dessen Redaktion sich Edgar Gutiérrez verantwortlich zeichnet.

Das politische Panorama

Obwohl die Regierungspartei im Kongress eine Minderheit ausmacht, hat sie dank einer schwachen Opposition und dem grosszügigen Verteilen von Schmiergeldern zweifellos die Kapazität, ihre Agenda wunschgemäss durchzusetzen. Ganz allgemein geniessen die Parteien und ihre FührerInnen einen schlechten Ruf in der Bevölkerung. Es wird ihnen vorgeworfen, aus dem Elfenbeinturm heraus zu regieren, die Probleme der Mehrheit der BürgerInnen nicht zu sehen bzw. sich nicht dafür zu interessieren, und Riesensummen für eine unproduktive Arbeit zu kassieren bzw. auszugeben.

Präsident Berger geniessst zwar im Allgemeinen die Sympathien der Medien, nicht jedoch der BürgerInnen. Ihm wird mangelnde Transparenz vorgeworfen und eine Vernachlässigung der Themen Arbeit und öffentliche Sicherheit. Innerhalb seiner Regierung existieren verschiedene Strömungen, die sich für den Wahlkampf rüsten. Dazu gehört z.B. Eduardo González, Exekutivsekretär des Präsidenten, der unter der Fahne der Regierungspartei GANA kandidieren wird, falls er die parteiinterne Wahl gewinnen sollte. Oder Luis Flores, Ex-Vizepräsident unter Alvaro Arzú, heute Direktor des Sozialfonds FIS und Kommissär für Megaprojekte, der für die *Partei der Nationalen Fortschritts*, PAN, antreten wird.

Alvaro Colóm, Verlierer der letzten Wahlen, begann seinen Wahlkampf bereits mit dem Amtsantritt seines Gegenspielers im Januar 2004. Colóm gibt sich sozialdemokratisch und steckt momentan den Hauptanteil seiner Energie in die Umorganisation seiner *Partei der Nationalen Einheit*, UNE. Von den Medien erhält er alles andere als Unterstützung und gleichzeitig läuft gegen ihn eine Untersuchung wegen Missbrauchs öffentlicher Gelder während seiner letzten Wahlkampagne.

Keiner der drei (Flores, Colóm und González) kann jedoch mit dem *goodwill* der Unternehmenskreise, angeführt von der Gruppe Gutiérrez-Bosch und sekundiert von weiteren Familien unternehmerischer Herkunft (Castillo, Botrán, etc.)

rechnen. Entsprechend kursieren Gerüchte, dass aus diesen Kreisen ein eigener Kandidat aufgestellt werden soll, gehandelt wird der Name von Dionisio Gutiérrez, Mitbesitzer der Holding, der u. a. die guatemalteckische Hähnchen-Fastfoodkette *Pollo Campero* gehört, und Moderator der politischen TV-Talkshow „Libre Encuentro“. Auch Rigoberta Menchú wird als eine mögliche Kontrahentin von Colóm gehandelt; die drei letztgenannten (Colóm, Gutiérrez und Menchú) führen eine im Dezember durchgeführte Meinungsumfrage an.

Die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG) ihrerseits wird sich entscheiden müssen, entweder die Kandidatur von Ex-Minister für Kommunikation und Verkehr, Luis Rabbé, voranzutreiben oder auf juristischer Ebene den nationalen und internationalen Kampf um eine erneute Kandidatur von Ex-General Efraín Ríos Montt zu führen.

Bei der "Linken" wird von einer möglichen Wiedervereinigung der *Revolutionären Nationalen Einheit Guatemalas*, URNG, und der *Allianz Neue Nation*, ANN, gemunkelt. Doch müssen sie die "linken" Stimmen mit anderen Mitte-"Links"-Parteien teilen, z.B. mit der neuen *Demokratischen Front* von Alfonso Cabrera (ehemaliger Generalsekretär der Christdemokraten), dem *Encuentro por Guatemala* von Nineth Montenegro oder der DIA mit Francisco Arredondo. Auch wird von einer möglichen Allianz der "Linken" mit der UNE gesprochen, eine Forderung, die schon bei den vergangenen Wahlen 2003 aus gewissen linken Kreisen verlautbart wurde.

Das Jahr 2006 wird das Jahr der Verhandlungen sein, das Jahr, wo die einzelnen an der Regierungsmacht interessierten PolitikerInnen Flagge zeigen, Allianzen schliessen oder aus-schliessen müssen.

Ein Jahr, in dem jede politische Handlung von wahlpolitischen Interessen geleitet sein wird.

Das sozio-ökonomische Panorama

Das wirtschaftliche Wachstum des letzten Jahre war gänzlich unzureichend, um eine Strategie zur Reduzierung der Armut und der Ungleichheiten voranzutreiben. Es ist nicht gelungen, eine effiziente Reform des Staates durchzuführen, die eine regulierende Wirkung auf den Markt gehabt hätte und von einer starken und effizienten Sozialpolitik begleitet gewesen wäre. Entsprechend kleine Fortschritte wurden von diversen Phänomenen fortlaufend zunichte gemacht: Trockenzeiten, Überschwemmungen und andere Naturkatastrophen, aber auch durch Wirtschaftskrisen, wie z.B. im Jahr 2000 der Fall der Kaffeepreise auf dem internationalen Markt.

Der Hurrikan Stan, der im Oktober 2005 das Land heimsuchte, zerstörte die bäuerliche wirtschaftliche Existenz und Zukunft: Die Ernten gingen verloren, die während der nächsten sechs Monate das Überleben tausender Familien gesichert hätten, währenddessen das Land für die nächste Aussaat vorbereitet wird und sich die BäuerInnen mit temporärer Migration über Wasser halten. Durch die Zerstörung ihrer Ernten mussten nun viele Leute frühzeitig und auf der Suche nach Arbeit migrieren.

Doch Stan hat auch das mexikanische Chiapas stark getroffen, eine Region, in der während der Kaffeeernte normalerweise 60-80'000 GuatemalteKInnen Arbeit finden. Die Zerstörung von ca. 50% der Plantagen in Chiapas hat zur Folge, dass dort die Nachfrage nach Arbeitskräften zurückging, ebenso wie die Löhne im Landwirtschaftsbereich. Dies führt wiederum dazu, dass nun vermehrt Frauen in die süd mexikanischen Städte migrieren, auf der Suche nach Arbeit als Hausangestellte.

Derweil akkumuliert das guatemalteKische Wirtschaftssystem Arbeitslose: Von den 125'000 Jugendlichen, die jährlich in den Arbeitsmarkt eintreten, schaffen es gerade mal ca. 20% zu einer mehr oder weniger stabilen Arbeitssituation. Mit bescheidenen staatlichen Sozialausgaben, einer mangelnden Kommunikation und Koordination zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Privatinitiative und einem ausschliessenden Bildungssystem, sind die Zukunftsaussichten für jugendliche GuatemalteKInnen alles andere als rosig.

Das soziale Panorama ist also nicht erfreulich. Armut, Gewalt, Delinquenz, Angst, all dies sind Faktoren, die eine breite Bevölkerungsschicht dazu treiben

kann, nach einer „starken Hand“ zu verlangen. Das Erstarren einer Hardliner-Ideologie, die nach Restriktion und Aufhebung gewisser bürgerlichen Freiheiten verlangt, ist absehbar.

Obwohl die Volksbewegungen in den letzten Jahren an Stärke verloren und sich gespalten haben, ist nicht auszuschliessen, dass es 2006 zu sozialen Zusammenstössen diverser Art und ebensolchen Ausmasses kommt. (Wie fast jedes Jahr zu Schulbeginn, haben die LehrerInnengewerkschaften für den 13. Januar einen nationalen Streiktag ausgerufen, um die Erziehungsministerin zu Verhandlungen über Löhne, Schulmahlzeiten und 16 andere Forderungen zu bewegen. die Red., siehe sep. Artikel)

Man darf hierbei den Einfluss der sozialen Bewegungen in verschiedenen Ländern der Region nicht unterschätzen, ebenso wenig die Zunahme politischer Macht seitens der indigenen Völker. All dies fördert andere, neue soziale Organisationsformen, die auch andere Methoden der politischen Partizipation und Einflussnahme entwickeln. Das Jahr 2006 könnte zu einem Jahr werden, in dem sich diese Kräfte artikulieren und die Forderungen ihrer Basis in die politische Diskussion einbringen.

Drogenskandal entblösst neue "offizielle" Narcoverbindungen

Guatemala, 14. Jan. Unbewaffnetes Wachpersonal, Türen ohne Vorhängeschlüssel bzw. seit zwei Monaten verlorene Schlüssel von Schuppen und acht angeblich schlafende AgentInnen, sich widersprechende Zeugenaussagen gar nicht erst erwähnt, lassen den Diebstahl von 522 kg harter Drogen aus den Lagerräumen des *Antidrogen-Analyse- und Informationsdienstes* (SAIA), einer Unterabteilung der *Zivilen Nationalpolizei* (PNC), als kein grosses Kunststück wirken. Doch noch weitere Ungereimtheiten werfen hinsichtlich der Vorfälle im Morgengrauen des 31. Dez. groteske Fragen auf. Der Reihe nach.

Am 15. Nov. vergangenen Jahres waren im Karibik-Hafen Santo Tomás de Castilla, Izabal, insgesamt 1'233 kg Kokain auf ihrem Weg ins honduranische San Pedro Sula bei einer Razzia beschlagnahmt worden. Am gleichen Tag waren der SAIA-Chef, Adán Castillo, und zwei seiner Vertreter im US-Bundesstaat Virginia festgenommen worden, beschuldigt der Konspiration in Sachen Drogenhandel via Guatemala (siehe ¡Fijáte! 348). Dies wurde von Polizeidirektor Erwin Sperisen und Innenminister Carlos Vielmann zum Anlass genommen, die bereits begonnene Umstrukturierung der SAIA und der PNC im Ganzen fortzuführen. Am 25. Nov. stellten sie die SAIA-AgentInnen vor die Wahl: Entweder sie gingen freiwillig aus dem Dienst oder unterzögen sich einer Reihe von Überprüfungen, darunter der aufgrund wissenschaftlicher Erkenntnisse in Frage zu stellende Lügendetektor, Blut- und

psychologische Tests, um möglichen Drogenkonsum festzustellen und die Erfassung von Besitztümern. Mindestens 15 Männer wählten die erste Alternative.

Erst am 12. Dezember artikulierten sich der zuständige Richter und setzte die Verbrennung der Razzia-Beute aus Santo Tomás auf den 4. Januar an, 50 Tage nach der Beschlagnahmung, während das Gesetz die Entsorgung innerhalb von 20 Tagen vorschreibt.

Gemäss Aussagen der zur Tatzeit anwesenden AgentInnen betrat am 31. Dez. 15 mit Gewehren bewaffnete, teilweise maskierte Personen in Polizeiuniformen die Lagerräume der SAIA und stahlen die Kokainpakete, nachdem sie das Wachpersonal ausser Gefecht gesetzt hatten. Mal ist davon die Rede, dass sie all dies zu Fuss erledigt hätten, dann wieder wird berichtet, dass sie sich ohne behindert zu werden in einem Auto auf dem SAIA-Gelände bewegt hätten. Sowohl von den Tätern als auch vom Diebesgut ist bislang keine Spur, die vier, nach dem Geschehen festgenommenen, Wache schiebenden Agenten wurden nach wenigen Tagen wieder freigelassen. Der Rest der gelagerten Drogen wurde schliesslich doch noch unter richterlicher Anwesenheit in Brand gesetzt. Die allseits verbreitete Vermutung liegt nahe, dass hinter dem Diebstahl ehemalige SAIA-Männer und PNC-Agenten stecken, über deren Verbindung zum organisierten Verbrechen und namentlich dem Drogenhandel nicht das erste Mal spekuliert wird.

Empörung stiftete schliesslich noch die später dementierte Information, dass Kongressabgeordnete Innenminister Vielmann aufgesucht hätten, um im Namen von Drogenkartellchefs in Verhandlung zu treten darüber, gewisse Mengen an Drogen dem Ministerium zukommen zu lassen – dem gegnerischen Kartell abgeluchst – und im Gegenzug dafür freie Bahn für ihre eigene „Ware“ garantiert zu bekommen. Dass ein solches Geschäft von Seiten der *Narcos* vorgeschlagen wurde, sei richtig, so der Minister, erbot über die Dreistigkeit der Idee. Eine Verdrehung des Tatbestands stelle jedoch die offensichtliche Namensverwirrung dar: Er habe den Ex-SAIA-Chef Adán Castillo als Verhandlungsinitiator gemeint, der lediglich genannte Nachname sei jedoch in Verbindung mit dem Kongressabgeordneten der *Nationalen Einheit der Hoffnung* (UNE), Manuel de Jesús Castillo aus dem Departement Jutiapa, gebracht worden, der aufgrund der vermeintlichen Nähe zum Drogenhandel bereits im Dezember von der Partei suspendiert wurde. Ausserdem wurde diesem die Autorenschaft von E-mails angelastet, in denen er UNE-Chef Álvaro Colóm einige suspekte Machenschaften zur Last legte. Manuel Castillo wies all diese Vorwürfe gegen sich zurück, erinnerte Colóm jedoch daran, dass er aus seinem eigenen Vermögen die Kaution gestellt habe, mit der sich der UNE-Vorsitzende von der Haft aufgrund der Beschuldigung von unseriösem Umgang mit Wahlkampagnengeldern freikaufen konnte (siehe ¡Fijáte! 341).

Regierungspolitische Perspektiven für 2006

Guatemala, 11. Jan. Soziale Investitionen, Schaffung von Produktionsbedingungen, Umweltnachhaltigkeit und integrale Sicherheit sind die vier Punkte, die die Regierungspolitik während 2006 ausweisen sollen, so das Resümee der zweitägigen Kabinettsitzung, bei der beschlossen wurde, mit der Agenda fortzufahren, die 2004 in Angriff genommen wurde.

Laut Bergers eigener Formulierung habe man „konkrete Ziele“ abgesteckt, um „die Lebensqualität der Mehrheit“ zu verbessern, er vertraue darauf, dass es zum Wohlstand kommen werde, so der Präsident, der diese Phantasie noch bildhaft ausmalte: „2006 wird das Jahr der Ernte dessen sein, was wir während zwei Jahren ausgesät haben“, stellt er in Aussicht. Eine halbe Stunde lang präsentierte Vizepräsident Eduardo Stein dann die geplanten Aktionen.

Beibehaltene konkrete Priorität für die Exekutive sind die Infrastrukturprojekte wie die Strasse der *Franja Transversal del Norte* und die Umgehungsstrasse um die Hauptstadt, der *Anillo Metropolitano* (siehe ¡Fijáte! 348). Der Wiederaufbauplan nach Hurrican Stan würde erst später vorgestellt, stelle aber ebenfalls eines der „Erfolgsziele“ für die Regierung dar.

Die übrigen Ankündigungen blieben hingegen eher vage. Die beiden Exekutivführer erklärten derweil, dass die Richtlinien als „generell“ zu verstehen seien und Antworten auf die je eigene Politik darstellten, die in den jeweiligen Sekretariaten und Ministerien auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Neben der Ausweitung von Dienstleistungen in den Sektoren Bildung und Gesundheit, sollen die indigenen Völker unterstützt werden und dem Thema der Lösung von Landkonflikten mehr Beachtung geschenkt werden. Zudem sollen die Mittel erhöht werden, um die reproduktive Gesundheit zu gewährleisten und 300 soziale Apotheken sollen eröffnet werden.

Die Integration der indigenen Völker soll ganz einfach gelöst werden: Und zwar mit einem Programm, mittels dessen 300 junge Indígenas eine Anstellung in der öffentlichen Verwaltung erhalten sollen.

Steins Kommentar dazu klingt schwach: „Es gibt eine sehr lang aufgeschobene Agenda, um den Ausschluss der Indígenas und die Agrarkonfliktivität zu vermeiden.“

Auch die Konsulardienste im Ausland sollen ausgeweitet und verbessert werden und ferner in den nächsten Monaten die Gehaltspolitik revidiert werden, „um das Einkommen der guatemalteki-schen Familien zu verbessern“, so der

Präsident.

Ein weiteres Aktionsangebot ist die Stärkung des Kampfes gegen Korruption und der Transparenz im öffentlichen Dienst.

Sowohl Berger als auch Stein erkannten an, dass der Kampf gegen das Verbrechen und die Garantie von öffentlicher Sicherheit eine der Schwächen der bisherigen Administration seien, deswegen kündigten sie die Stärkung der Gemeindearbeit und der Zusammenarbeit mit anderen, nicht weiter definierten Institutionen an. Die dafür geplante „integrale Strategie“ beinhaltet laut Vize Stein fünf Prioritäten, deren teilweise umständlichen Betitelungen und ihr inhaltliches Durcheinander bereits als potentielle Umständlichkeiten in der Umsetzung zu interpretieren sind.

„1. Primäre fokalisierte urbane Prävention. Diese besteht aus einem Nationalen Pakt für die integrale Sicherheit und aus einem Nationalen Pakt für die Sicherheit von Frauen. Dazu gehört die Ausstattung mit öffentlicher Strassenbeleuchtung von 150 Stadtvierteln in der Hauptstadt und städtischen Gegenden im Landesinneren, da davon ausgegangen wird, dass davon ein grosses Mass an Sicherheit in den Gemeinden abhängt.

Angesichts des Problems der so genannten Maras (Jugendbanden, die Red.) soll die *Nationale Kommission für Verbrechensprävention* mittels multifunktionaler Jugendzentren gestärkt werden.

2. Lokale und Kommunale Prävention mit BürgerInnenbeteiligung. Diese beinhaltet drei fokalisierte Ziele: Erstens, das Programm der Gewährleistung kommunaler Sicherheit – co-finanziert von der Zentralregierung und den Bürgermeistereien, zweitens, die Supervision lokaler Ausschüsse, Ausweitung ihrer Präsenz und Ausstattung mit Schwerpunkt auf die Bereiche des Kulturerbes und Heilige Stätten und drittens, das Programm der Stärkung und Professionalisierung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC).

3. Justizsektor. In Sachen Unterstützung des Justizsektors soll zum einen der Posten des Vierten Vizeministers gefestigt werden, der geschaffen wurde, um die Themen der Kriminalermittlung im Gerichtswesen und der Staatsanwaltschaft zu begleiten, und zum anderen soll das System des Zivilen Geheimdienstes weiterentwickelt werden.“

4. Gefängnisssystem. In diesem Zusammenhang soll ein Gefängnis für mindere Verbrechen eingerichtet werden, womit „diejenigen BürgerInnen, die zeitweilig mit dem Gesetz in Konflikt treten, die aber nicht wegen schwerwiegenden Themen der Strafverfolgung verbannt

werden, separat untergebracht werden sollen“, so der Vizepräsident. Für die Umstrukturierung des gesamten Systems bedürfe es jedoch notwendigerweise einer angemessenen Gesetzgebung, präzisierter.

5. Sicherheitsgesetze. Die fünfte Achse der integralen Sicherheitspolitik soll sich übersetzen in die Anstrengung, dass diejenigen Gesetze vom Kongress gebilligt werden, die die Staatsinstitutionen mit den notwendigen Mechanismen ausstatten, um Sicherheitsvoraussetzungen zugunsten der Bevölkerung zu schaffen.

Für einige PolitanalystInnen müssten die grossmülig von der Regierung angekündigten Ziele der nächsten zwei Jahre eigentlich Zielvorhaben sein, von denen nach den ersten zwei Amtsjahren inzwischen eine Evaluierung von Fortschritten vorliegen müsste anstatt sie als Aktionspläne jetzt erst in Angriff zu nehmen.

Francisco García vom *Zentralamerikanischen Institut für Politikwissenschaften* (INCEP) ist der Ansicht, dass die Regierungsabsichten mit gewisser Skepsis zu betrachten seien und abzuwarten sei, ob sie erfüllt werden. „Es sind gewisse Bedingungen gegeben, um all das zu realisieren, was geplant wird, doch um die Ergebnisse auch wirklich zu erreichen, bedarf es politischen Willen“, so García. Orlando Blanco vom *Kollektiv Sozialer Organisationen* (COS) fällt ein härteres Urteil. Er erklärt, dass die Regierungsziele selbst das Fehlen eines realen Plans aufwerfen: „Es besteht eine Unbeständigkeit in den Regierungsplänen. Es werden Aktionen durchgeführt, um auf die Konjunktur zu reagieren, aber nicht, um strukturelle Probleme zu lösen.“

Aktuelle Erfahrungen warnen ebenfalls vor allzu viel Optimismus hinsichtlich weitreichender Veränderungen in den nächsten zwei Regierungsjahren Bergers. In der Zusammenfassung des jährlichen Regierungsberichts, der in den nächsten Tagen veröffentlicht wird, sticht hervor, dass die Ziele, die sich die Amtsführung Bergers für 2005 vorgenommen hatte, völlig aus den Augen verloren wurden. Stattdessen werden andere Aktionen und neue Parameter ins Feld geführt. „Das Fehlen einer Übereinstimmung der Ziele aus dem vorherigen Bericht und den berichteten Aktionen aus dem vorliegenden spiegelt die Spontaneität wider, mit der die öffentliche Politik gehandhabt wird. Es werden vermeintliche Prioritäten gerühmt, doch von einer tatsächlich eingeschlagenen Richtung ist nichts zu erkennen“, meint denn auch der Analyst Álvaro Velásquez.

Erste Demonstration des Jahres

Guatemala, 13. Jan. LehrerInnen, BäuerInnen, GewerkschafterInnen und SeniorInnen sowie Mitglieder anderer sozialer Sektoren gingen an diesem Freitag das erste Mal in diesem Jahr auf die Strasse – doch die aktuellen Appelle an die Regierung sind die gleichen wie im letzten Jahr, im Grunde, wie in den letzten Jahren, allein in wenigen Aspekten der aktuellen Lage angepasst. So stehen eine Erhöhung des Mindestlohns und die Ablehnung sowohl der US-amerikanischen Migrationspolitik als auch des Neoliberalismus und der Privatisierungen auf dem Manifest der Zivilgesellschaft.

Daneben fordert diese die Legislative dazu auf, eine Volksbefragung einzu-berufen, um festzustellen, ob die Bevölkerung damit einverstanden ist, dass Präsident Berger im Amt bleibe. Zur Rückendeckung dieses Antrages wurden dem Kongresspräsidenten Jorge Méndez Herbruger Listen mit 45.000 Unterschriften überreicht. Als Präsidentschaftskandidat hatte Berger angeboten, zur Halbzeit seines Regierens – diesen Samstag, 14. Januar, wäre entsprechendes Datum – die Bevölkerung um ihre Stimme hinsichtlich seiner Amtsführung zu bitten. Doch kürzlich hat er diesen

Plan wieder zurückgenommen mit der Erklärung, es existiere keine legale Basis für ein solches Referendum.

Auf ihrem Marsch durch die Hauptstadt, an den sich diverse Organisationen aus dem Landesinneren angeschlossen hatten, darunter vor allem diverse Sektionen der *Nationalen LehrerInnenvereinigung* (ANM), kritisierten die Demonstrierenden den Mauerbau, den die US-amerikanische Regierung an ihrer Südgrenze zu Mexiko plant, um die MigrantInnen zu stoppen, die versuchen, diese Grenze, ihr Leben ohnehin dabei aufs Spiel setzend, zu überqueren, um in den Vereinigten Staaten Arbeit zu suchen. Zudem lehnten die Demo-TeilnehmerInnen den Freihandelsvertrag zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (DR-CAFTA) ab und beanstandeten die Intentionen der Regierung, das Öffentliche Bildungssystem zu modifizieren, wobei historisch von den LehrerInnen erkämpfte Gesetze, wie die Beförderungsverordnung und andere, den Lehrkörper schützende Bestimmungen, aufgehoben werden sollen. Dieses vom Erziehungsministerium vorgeschlagene Gesetzesreformpaket wird allgemein als neoliberal bewertet. Wegen ihres Priva-

tisierungsvorhabens soll denn auch Erziehungsministerin Carmen Aceña ihr Amt niederlegen.

Einen Verweis erhielten auch der hohe Preis des Grundnahrungskorbes und die anhaltende Situation der Öffentlichen Unsicherheit.

Joviel Acevedo, Sprecher der ANM, warnte die Autoritäten mit deutlichen Worten: Sollten innerhalb der nächsten vierzehn Tage die Petitionen nicht zur Kenntnis und konkrete politische Massnahmen in Angriff genommen werden, werden die Arbeitenden auf die Strasse zurückkehren oder aber in einen Nationalen Arbeitsstreik treten. Den LehrerInnensektor kennend, sollte die Regierung gewiss sein, dass er seine Androhung ernst meint. Erinnert sei an die 51 Tage währende „permanente Versammlung“ der DozentInnen Anfang des (Schul-)Jahres 2003 (siehe ¡Fijáte! 281). Doch wirklichen Erfolg konnten sie damit auch nicht zeitigen, an der prekären Situation des Bildungssystems hat sich trotz internationaler Ruffel und wiederholten Versprechungen von Seiten der Regierung nichts verändert.

Und durch die Schäden, die Hurrikan Stan hinterlassen hat, ist die Lage nur noch schlimmer geworden.

Urteilsbestätigung im Fall Gerardi

Guatemala, 13. Jan. Nach Gemunkel über vermeintliche Anomalien im Rechtsprozess um den Mord an Bischof Juan Gerardi, haben die im Fall Verurteilten einen weiteren legalen Kampf verloren, hat doch der *Höchste Gerichtshof* (CSJ) dieser Tage den Revisionsantrag der Verteidigung abgelehnt. Die Anzweiflung richterlicher Zuständigkeit und die Spekulation über den mutmasslichen Verlust und das gleichzeitige Auftauchen von suspekten Dokumenten hatten noch gegen Ende des Jahres das Warten auf das ausstehende CSJ-Urteil ins Gerede gebracht.

Der Staatsanwalt Jorge Antonio García erklärt, dass die Klage aufgrund von Unzulässigkeit vom CSJ verweigert wurde. Der Priester Mario Orantes Nájera und die Militärs Byron Miguel Lima Oliva und Byron Disrael Lima Estrada bleiben demnach weiterhin in Haft, um ihre Strafe von 20 Jahren Knast abzusitzen, die im März '05 von der Zweiten Berufungskammer bestätigt worden war (siehe ¡Fijáte! 332).

Das will aber noch lange nicht heissen, dass die Verurteilten sich im Rechtsgefecht geschlagen geben. Eine Option bietet noch eine Verfassungsbeschwer-

de. Doch García ist der Ansicht, dass die Verteidigung keine juristischen Argumente mehr habe, um eine neue Klage vorzubringen, deswegen vertraue er darauf, dass das Urteil des CSJ nicht verändert würde.

Doch das sieht einer der Einspruch erhebenden Anwälte anders. Julio Echeverría Vellejo glaubt, dass es in diesem Fall noch viele Dinge zu tun und zu sagen gebe. Er beharrt auf die, auch in der mit den Limas sympathisierenden Öffentlichkeit verbreiteten Meinung, dass das Gerichtsurteil durch politischen Druck bedingt sei. Deswegen seien weitere Klagen durchaus gangbar, vor allem weil es seines Erachtens nach dem Urteil im März zu einigen Vorfällen gekommen sei, die sogar Anlass dazu gäben, eine erneute Revision des Falles zu beantragen. Laut Echeverría gebe es Dokumente und Videos, die neue Aspekte zur Aufklärung beitragen und ihn daran glauben liessen, dass die Beschuldigten am Ende freikämen.

Nery Rodenas, Direktor des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHA), das als Nebenkläger auftritt, freut sich derweil über den Entscheid und bezeichnet ihn als rechtmässig.

Die CSJ-Resolution bestätige laut Rodenas lediglich, was die ODHA von vornherein behauptet habe, und zwar die eindeutige Beteiligung der Beschuldigten an dem Verbrechen an dem Kirchenmann Gerardi im April 1998. „Sowohl im mündlichen Verfahren in erster Instanz als auch in der Anhörung in zweiter Instanz ist ihre Verbindung mit dem Mord als bewiesen erklärt worden“, so der ODHA-Leiter.

Im März 2005 war ein erstes Urteil modifiziert worden, welches den Priester Orantes wegen Komplizenschaft zu 20 und Vater und Sohn Lima wegen Mittäterschaft an aussergerichtlicher Hinrichtung zu 30 Jahren Haft verurteilte. Die Zweite Berufungskammer war letztes Jahr jedoch zu dem Schluss gekommen, dass die letztgenannten nicht Mittäter sondern ebenfalls „nur“ Komplizen gewesen seien und kürzte deren Strafe auf ebenfalls 20 Jahre Haft.

Die beiden Militärs und der Priester Orantes sitzen seit 2000 im Gefängnis. Gemeinsam mit ihnen wurde wegen gleicher Schuldlast der Militärspezialist Obdulio Villanueva festgenommen. Dieser kam jedoch bei einer Knastmeuterei 2003 ums Leben.

Bergers Familienfincas und das Arbeitsgesetz

Guatemala, 9. Jan. Und wieder ist es die Polizei, die eingesetzt wird, Landkonflikte zu lösen – so geschehen am 28. Dezember vergangenen Jahres auf der Finca Clermont im Munizip San Pablo, Departement San Marcos. Und wieder ist es ein Familienmitglied des Präsidenten Oscar Bergers, das sich als Besitzerin von dieser und zwei anderen Ländereien, den Fincas Valdemar und Ucubujá in der gleichen Gegend, auf Seiten der Arbeitgebenden befindet, die die Gesetze brechen. - Erinnerung sei an Bergers Amtsantritt vor 2 Jahren und die Skandale auf der Finca María Lourdes in Coatepeque, in die seine Familie involviert war (siehe ¡Fijáte! 299 und 304).

Die Lösung der Arbeitskonflikte auf den nun zur Debatte stehenden drei Fincas von Silvia Eugenia Widman Lagarde de Díaz, Schwägerin Bergers, stagniert seit fünf Jahren. Derweil warteten die ungerechtfertigterweise entlassenen Arbeitenden nicht das erste Mal darauf, sich mit der Arbeitgebenden Seite zusammzusetzen – bislang habe diese die angesetzten Treffen stets ausfallen lassen – und darauf, dass das bestehende Arbeitsgesetz korrekt angewendet werde, so die *Gewerkschaftszentrale der Arbeitenden Guatemalas* (CGTG).

Victoriano Zacarías von der CGTG berichtet, dass die für kürzlich geplante Sitzung der Konfliktparteien erneut verschoben wurde, auf der die nötigen Schritte besprochen werden sollten, um die emittierten Anordnungen der zuständigen Gerichte und Instanzen zu erfüllen. Seit Ende des letzten Jahres hätten die BäuerInnen Drohungen von Seiten der Polizei des Departements San Marcos erhalten, ganz offensichtlich in Befolgung von Anweisungen des Präsidenten, teilt der Gewerkschaftsführer mit.

Vor mehr als fünf Jahren gründeten die Arbeitenden der drei genannten Fincas eine Gewerkschaft, um sich gegen die ständigen Verletzungen ihrer Menschen- und Arbeitsrechte zur Wehr zu setzen. Am 17. August 2001 antwortete schliesslich die Arbeitgebende Seite auf diese Organisierung mit der Kündigung von 49 Angestellten der Finca Clermont. Diese reichten daraufhin ihren Fall beim Arbeitsgericht im Munizip Malacatán ein, das die Wiederanstellung der sowie die Gehaltszahlungen an die Betroffenen anordnete.

Obwohl dieser Entscheid vom Berufungsgericht ratifiziert wurde, legte Widman Lagarde de Díaz, Schwester der ersten Dame der Nation, Einspruch beim Höchsten Gerichtshof ein, der jedoch abgewiesen wurde. Auch beim anschliessend aufgesuchten Verfassungsgericht hatte Widman Lagarde keinen Erfolg.

Doch bis dato steht die Zahlung von mittlerweile 3 Mio. 708.914 Quetzales an die BäuerInnen aus. Stattdessen wurde gegen diese Klage wegen schwerwiegender widerrechtlicher Anmassung eingereicht, leben sie doch, wie für Finca-Angestellte üblich, auf dem Gelände der Finca.

Die Kolumnistin Claudia Samayoa berichtet von der Information, dass auf dieser Finca am 20. Dezember ein Dialogprozess aufgenommen worden sei, doch acht Tage später sei die Polizei aufgetaucht, habe die Finca gestürmt und geräumt. Der Dialog zwischen Polizei und Arbeitenden habe angeblich die Anwendung von Gewalt verhindert.

Auch im Departement Alta Verapaz dauern die Landkonflikte an. Indigene und BäuerInnenführerInnen, die für die Rückgabe der Ländereien kämpfen, die

ihren Gemeinden während des internen bewaffneten Konflikts genommen wurden, sind Opfer von Morddrohungen von Seiten der Besitzer und Angestellten der Finca Sexán.

Santiago Chub Cuy, Santos Coy und Santiago Xol, Mitglieder des Pro-Land-Komitees der Gemeinde Sexán, denunzierten, dass der Geschäftsführer der Finca schätzungsweise 60 Schusswaffen gekauft habe, um die BäuerInnen anzugreifen und zu vertreiben, sollten diese das Gelände besetzen.

Die Kläger hoben hervor, dass während des vergangenen Jahres zahlreiche AnführerInnen und Mitglieder der Gemeinde eingeschüchtert worden seien. Deswegen machten sie die Angestellten und Eigentümer der Finca für jegliche Situation verantwortlich, die gegen ihr eigenes Leben und das ihrer Familie gerichtet sei.

Gemäss den Klageführenden BäuerInnen hätten am 28. Dezember Arbeitende der Finca Unkrautvertilgungsmittel in den Brunnen geschüttet, aus dem die Gemeinde sich mit Trinkwasser versorge. Ausserdem hätten sie versucht, einige Frauen der Gemeinde zu vergewaltigen. Chub und Xol berichten derweil, dass sie in den letzten Tagen ein Sportflugzeug über die Gemeinde haben fliegen sehen, was die BewohnerInnen in Angst versetze, die lediglich ihre Ländereien zurückforderten.

Die Landarbeitenden fordern unterdessen von den lokalen Autoritäten eine sofortige Lösung der Problematik und die Ernennung einer Kommission auf höherer Ebene, um einen Verhandlungsprozess in die Wege zu leiten. Auch fordern sie die Zahlung von nie erhaltenen Lohnzusatzleistungen, haben sie doch selbst einmal auf der Finca gearbeitet.

Sünde oder Recht auf Reproduktive Gesundheit?

Guatemala, 13. Jan. Ein polemischer Hin und Her zwischen der Katholischen und den Evangelikalen Kirchen auf der einen, Frauenorganisationen und - vornehmlich männlichen! - KolumnistInnen auf der anderen Seite, dominiert seit Mitte November letzten Jahres die Debatte um ein für Guatemala, zwischen diesen Fronten steckend, brisantes Thema: In jenen Tagen hatte der Kongress mit 110 Ja-Stimmen das „Gesetz des Universalen und Gerechten Zugangs zu Dienst-/leistungen der Familienplanung“ und dessen Integration in das Nationale Sexual- und Reproduktionsgesundheitsprogramm gebilligt. Demzufolge sollte dieser Zugang mittels Infor-

mationsverbreitung, Beratung, Unterricht und der Bereitstellung von entsprechenden Methoden wie Verhütungsmitteln gewährleistet werden. Letzteres wurde dabei jedoch (noch) nicht weiter detailliert. Eingereicht wurde der Gesetzesvorschlag von der Abgeordneten der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), Zury Ríos Sosa, was insofern verwundert, gilt doch ihr Vater, Efraín Ríos Montt, unter anderem als einer „der“ Evangelikalen im Land schlechthin.

Kardinal Rodolfo Quezada Toruño, als Wortführer der Konservativen agierend, verstrickte sich dabei in einer Argumentation, die den Informations- und

Verhütungsmittelzugang als Förderung der Abtreibungen und Promiskuität ebenso wie den dadurch erhöhten finanziellen Gewinn für die Pharmaunternehmen dämonisierte. Trotz der Belehrung an die Kirchen durch „ExpertInnen“, dass Verhütungsmittel gerade den Abbruch ungewollter Schwangerschaften verhinderten und für sich – so hatte der Kardinal behauptet – keine Art der Abtreibung darstellten, beharrte dieser auf seiner Position, unterbrach gar seine Sonntagsmesse, um eine Presseerklärung der *Guatemalteckischen Bischofs-*

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

konferenz (CEG) zu verlesen und kündigte an, mit seiner „Sorge“ bis zum Papst zu gehen und sich von diesem im Zweifel bestätigen zu lassen, dass das Gesetz verfassungswidrig sei, seien doch allein die Eltern für die Erziehung – inklusive sexueller Aufklärung – zuständig, aus der sich der Staat herauszuhalten habe.

Die BefürworterInnen beriefen sich derweil nicht nur auf die Forderung auf Gewährleistung grundlegender Rechte für die Frauen hinsichtlich der Selbstbestimmung über ihren Körper, sondern wiesen auch auf die bestehende Armut hin, die in kausalem Zusammenhang mit dem Kinderreichtum vornehmlich in den ländlichen Gegenden Guatemalas stünde. Ausserdem machten sie auf die dramatische Situation aufmerksam, in der viele minderjährige junge Mütter aufgrund von Missbrauch und Vergewaltigung und vor allem meistens aufgrund von Nichtwissen steckten. Die von den Gegnern befürchtete Promiskuität sei in Wahrheit herrschende Praxis, die Gefahr der Ansteckung durch sexuell übertragbare Krankheiten, allen voran HIV-/Aids, dagegen durch das Gesetz zu dämmen. Und letztendlich sei das zur Debatte stehende Dekret lediglich die Vervollständigung des schon 2001 eingeführten Gesetzes zur Sozialen und Bevölkerungsentwicklung.

Die zum Teil provokative Diskussion sollte Präsident Berger von der jeweiligen Position überzeugen, an dem es lag, das Gesetz endgültig zu billigen oder aber sein Veto einzulegen. Noch im Dezember beugte er sich schliesslich dem Kirchendruck und verweigerte die Approbierung, sich auf die Existenz des gültigen Reproduktionsgesetzes berufend.

Doch so einfach lassen sich die Befürwortenden nicht zum Schweigen bringen. Die Frauenorganisationen kündigten gleich an, ihren Kampf für ihre Rechte fortzuführen und die Kongress-Opposition, bestehend aus 11 Blöcken, ist bereits dabei, die 105 nötigen Stimmen zu sammeln, die für die Annullierung des präsidialen Vetos nötig sind. Zudem fordern sie eine Konsultierung des Verfassungsgerichts und die Schaffung einer Kommission, die sich mit dem Thema speziell befassen soll.

Ganz offensichtlich ist Präsident Berger selbst seine Haltung nicht ganz geheuer und wasserdicht, hat doch die *Grosse Nationale Allianz* ihren Abgeordneten mit dem Rausschmiss aus der Partei gedroht, sollten sie bei der Abstimmung im Kongress nicht hinter Berger stehen.

Ende des Überlebens im Maya-Reich

Guatemala, 15. Dez. Von den meisten TeilnehmerInnen als die schwierigste der insgesamt elf Etappen beurteilt, lief schon Mitte Dezember die letzte Folge der US-TV-Serie *Survivor*, die im Raum der Ruinen Yaxhá im Petén gedreht wurde, über die Bildschirme von angeblich Millionen von ZuschauerInnen (siehe ¡Fijáte! 337). Glückliche Gewinnerin von 1 Mio. US-\$ und einem Jeep neuesten Modells ist die die 39 Drehtage überlebende US-Amerikanerin Danni Boatwright.

Im letzten Kapitel wurde eine Maya-Zeremonie des Dankes an die Ahnen für den Bau der Tempel nachgeahmt, die für das Event folkloristisch engagierten Indígenas – die lokale indigene Bevölkerung war vor den Dreharbeiten umgesiedelt worden – servierten den „Überlebenden“ traditionelle *Tamales* und ein gegorenes Fruchtgetränk.

„Während der Serie hatten die TeilnehmerInnen den Urwald, heimische Tiere und Aspekte der guatemaltekischen Kultur kennen gelernt, einige der Herausforderungen basierten sogar auf der Maya-Kultur“, heisst es schwärmerisch im Zeitungsartikel in *el Periódico*. Und weiter: „Die meiste Zeit durften die WettbewerbsteilnehmerInnen nur Mais essen, den sie mit ihren eigenen Händen mahlen mussten.“

Gemäss Emmanuel Seidner, stellvertretender Präsidialer Wettbewerbskommissär, habe sich bereits der TV-Sender „spa“ aus Thailand mit dem Interesse an die guatemaltekische Regierung gewendet, sich in Guatemala niederzulassen, beeindruckt vom *Survivor*.

Daniel Mooney, Direktor des *Guatemaltekischen Tourismusinstituts* IN-GUAT und Willy Kaltschmitt, *Präsidialer Tourismuskommisär*, reisten extra in die USA, um die zweistündige Extrasendung zu sehen, mit der die Sendung auslief.

In der US-Fernsehzeitschrift *TV-Guide* wurde der Schöpfer der Reality-Show, Mark Bournett, zu den *Survivor*-Folgen in Guatemala befragt:

„Frage: Warum wurde Guatemala als Drehort für den *Survivor* ausgewählt?“

Bournett: Wir legen Wert auf vier Faktoren: Dass der Ort exotische Bilder in sich vereint, dass bei der Ankunft alles mit der Idee von Exotik übereinstimmt, die erwartet wurde, dass die Regierung des Landes zur Zusammenarbeit bereit ist und schliesslich, dass es logistisch möglich ist, den Ort zu erreichen.

Frage: Welchen Gewinn brachte der *Survivor* nach Guatemala?

Bournett: *Survivor* ist ein sehr grosser touristischer Gewinn für jedes Land. Der Wert der Handelsinvestition für die Drehortländer beläuft sich auf rund 1

Mrd. US-\$. Zudem gibt die Produktion Millionen aus, um die Ressourcen der *location* zu nutzen. Im Fall von Guatemala wurden Tanks und Wasseraufbereitungssysteme gespendet, Ausstattungsgegenstände für Schulen und Versorgungsdinge für zahlreiche Organisationen in der Region von Yaxhá.

Ausserdem wurden mittels der Internet-Seite des Senders CBS Spendenaufrufe für die Betroffenen des Hurrikans *Stan* gestartet.

Frage: Werden sie die Intensität der guatemaltekischen Episoden für die nächste Sendereihe beibehalten?

Bournett: Nein, alle sind wir der Ansicht, dass die Zeit in Guatemala die schwierigste für alle TeilnehmerInnen war. Wahrscheinlich werden wir bei der nächsten Folge versuchen, etwas anderes zu machen. Es war für uns etwas Schreckenserregendes.

Frage: Was ist eigentlich mit den TeilnehmerInnen passiert, die während des Drehs rausgeflogen sind?

Bournett: Wir haben sie auf eine Insel geschickt, auf der sie geduscht und gegessen haben, wir haben ihnen ihren Lieblingssnack und ein Bett zum Schlafen gegeben.

Als alle TeilnehmerInnen zusammen waren, haben wir sie auf einen Ausflug geschickt. Wir versuchten, dass sie eine vergnügliche Zeit hatten, denn wir haben sie wie Entführte gehalten.“

Den Stimmen der UmweltaktivistInnen, die im Vorfeld Kritik geübt hatten, wurde kein Platz in der Presse gewährt – oder sie haben den *Survivor* mit ihrer Kritik nicht bis zu dessen Ende überlebt.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html